
Bischöfin Petra Bosse-Huber, Evangelische Kirche in Deutschland (EKD)

Statement im Rahmen der Online-Pressekonferenz zur Vorstellung des 3.
Ökumenischen Berichts zur Religionsfreiheit am Mittwoch, 5. Juni 2023

Wenn wir auf den Titel dieses Berichts schauen, bekommen wir schon eine Orientierung zum Inhalt: Mit dem „3. Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit“ richten wir den Blick auf die Situation von Menschen, deren Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit eingeschränkt oder verletzt wird, und dies an sehr vielen Orten der Welt. Wir tun dies als Christinnen und Christen, als Kirchen, und stellen damit die gewonnenen Erkenntnisse aus unserer „Perspektive auf ein universelles Menschenrecht“ vor. Wir verstehen dies als die Verantwortung, die wir als Angehörige von Gottes Weltfamilie haben, indem wir hören und wahrnehmen, wo die Würde und die Rechte von anderen missachtet werden.

Dabei kommt die Situation von Christen weltweit in besonderer Weise in den Blick: durch die Zusammenarbeit und unsere Verbundenheit mit Kirchen und Christen in anderen Ländern erfahren wir sehr direkt, wo andere nicht zu ihrem Recht kommen und unter welchen Einschränkungen oder Schlimmerem sie zu leiden haben.

Aber das Recht auf Religionsfreiheit gilt allen Menschen. Insofern beziehen wir – aus christlicher Perspektive – Angehörige anderer Religionen ebenso ein wie auch Menschen, die

keine Religion haben. Und wir verteidigen ein Recht, das auf Menschen ausgerichtet ist und sie schützt, nicht Institutionen. Schließlich: diese Perspektive basiert auf unserer christlichen Überzeugung, dass jeder Mensch als ein Ebenbild Gottes geschaffen wurde. Für uns folgt daraus die theologische Einsicht, dass dort, wo die Würde von Menschen angegriffen wird, der Schöpfer der Welt selbst getroffen wird.

Dass wir diesen 3. Bericht im Jahr des 75. Jubiläums der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 veröffentlichen können (an deren Entstehung übrigens auch Vertreter der Kirchen beteiligt waren), hat für uns noch eine weitere, besondere Bedeutung: wir stellen uns als Kirchen mit diesem Beitrag in den öffentlichen Diskurs um die Einhaltung, um die Wahrung und die inzwischen so notwendig gewordene Verteidigung gemeinsamer Grundüberzeugungen, die für unser Zusammenleben in dieser Welt unerlässlich sind. Deshalb wünschen wir unserem Bericht auch, dass er sowohl an der kirchlichen und außerkirchlichen Basis, von kirchlichen Repräsentant*innen ebenso wie von Vertreter*innen in Politik, Gesellschaft und Medien als hilfreiches Instrument wahrgenommen wird.

Um die Bedeutung und die Komplexität des Rechtes auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit zu illustrieren, finden Sie im ersten Hauptteil kontext- und situationsbezogene Untersuchungen und Berichte: Wie ist es um die Religionsfreiheit – und genauso um andere Freiheitsrechte, etwa die Meinungsfreiheit – bestellt und was bedeutet es für die Freiheit einzelner, wenn die *Zivilgesellschaft* und ihre vielfältigen Organisationen in autokratischen Staaten immer mehr unter Druck geraten und ihr Handlungsspielraum immer enger wird?

Ein anderer Kontext ist der von *Migration*: Wie können Menschen, die auf der Flucht sind, überhaupt ihr Recht auf Religionsfreiheit ausüben? Konkretes Beispiel: wie schützen wir Menschen, die aus dem Iran zu uns geflohen sind, weil sie im christlichen Glauben ihre Freiheit gefunden haben, davor, dass sie zurückgeschickt werden und als Konvertiten in Lebensgefahr geraten?

Wie können Arbeitsmigrantinnen, die häufig in ihren großen Abhängigkeiten bis zu ausbeuterischen Arbeitszusammenhängen weitgehend unsichtbar bleiben, überhaupt ihre Religion leben? (Beispiel: Migrantinnen in den Golfstaaten, die zumeist aus Sri Lanka, Nepal, Philippinen kommen, gehören oft religiösen Minderheiten – Buddhismus, Hinduismus, Christentum – an).

Auch Fragen der *Gendergerechtigkeit* müssen im Zusammenhang mit Religionsfreiheit in den Blick genommen werden, ohne die jeweiligen Rechte gegeneinander auszuspielen: So dient Religionsfreiheit z.B. nicht der rechtlichen Zementierung von religiösen Werten oder Normen. Vielmehr schützt sie die Freiheit der Menschen, ihre jeweilige religiöse und weltanschauliche Praxis zu finden und leben zu können.

Neben diesen und weiteren Themenfeldern fragen wir im zweiten Hauptteil danach, wie es in verschiedenen Ländern um die Religions- und Weltanschauungsfreiheit bestellt ist. Wir stellen dabei mit Deutschland und Dänemark Länder vor, die üblicherweise nicht erwartet werden in einem solchen Bericht, da sie grundsätzlich ein hohes Schutzniveau haben. Dabei stellt sich in Deutschland die zunehmende Säkularisierung insofern als problematisch dar, als damit das Wissen um die Bedeutung von Religion grundsätzlich, aber eben auch von einem Menschenrecht, dass auch diejenigen schützt, die ohne Religion leben, verloren geht. Religion wird inzwischen sehr häufig, wenn überhaupt, als Privatsache verstanden. Eine zunehmende Gefahr stellen Populismus und extremistische Überzeugungen dar: wenn diese sich z.B. in verbalen oder tätlichen Angriffen auf Menschen äußern, die erkennbar einer Religion angehören und diese auch – weil es ihr gutes Recht ist – im öffentlichen Raum leben wollen, dann gerät unser Gemeinwesen und unsere Demokratie insgesamt unter Druck. Wir sehen: Wenn es um Religionsfreiheit geht, dann geht es um eine Fülle von Alltagsfragen und Bereichen, die weit über das Persönliche hinausgehen. Immer ist auch unser Umgang miteinander und unser Zusammenleben in unserer und in der Weltgesellschaft insgesamt berührt. Dafür wollen wir sensibilisieren und eine gute Grundlage bieten.

Vielen Dank!